



Peter Rösmann

Kontrahierungspflichten der
Kreditwirtschaft aufgrund von
Selbstverpflichtungen und
§ 21 AGG



PETER LANG

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	21
Kapitel 1 – Einführung in das Thema	27
A. Anlass der Untersuchung	27
I. Rechtliche Entwicklungen	27
II. Tatsächliche Entwicklungen	29
B. Bedeutung des Girokontos und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Deutschland	31
I. Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs	32
II. Historischer Kurzabriß	33
III. Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs	34
IV. Zusammenhang mit der Diskussion um ein „Recht auf ein Girokonto“	34
C. Interessenslage beim Girokonto für jedermann	35
D. Gang der Untersuchung	36
Kapitel 2 – Bestandsaufnahme: Bestehende Kontrahierungspflichten	39
A. Einführung	39
I. Kontrahierungszwang und Vertragsfreiheit	39
II. Voraussetzungen des Kontrahierungszwanges	40
III. Die Rechtsfolge „Kontrahierungszwang“	42
IV. Unmittelbarer und mittelbarer Kontrahierungszwang	43
V. Gesetzgeberisches Ziel unmittelbarer Kontrahierungszwänge	44
VI. Unmittelbare Kontrahierungszwänge außerhalb der Kreditwirtschaft	44
B. Kontrahierungspflichten der Kreditwirtschaft	46
I. Der unmittelbare Kontrahierungszwang der Sparkassen	46
II. Kontrahierungszwang der Sparkassen aufgrund ihres öffentlichen Auftrags?	50
III. Der allgemeine Kontrahierungszwang	56
IV. Der anderweitig aufgezwungene Bankvertrag	77
C. Zusammenfassendes Ergebnis	93

Kapitel 3 – Kontrahierungspflichten aufgrund von Selbstverpflichtungen	95
A. Annäherung an das Instrument Selbstverpflichtung	95
I. Systematisierungs- und Definitionsansätze	96
II. Vorkommen	98
III. Einordnung in den Gang der Untersuchung	99
IV. Vor- und Nachteile des so genannten Soft-Law	100
B. Verankerung der Selbstverpflichtung in den zivilrechtlichen Kontext	102
I. Rechtsfähigkeit der Erklärenden	104
II. Rechtsnatur der Selbstverpflichtung	108
III. Auseinanderfallen von Erklärendem und Erfüllendem	167
IV. Rechtliche Verbindlichkeit	173
V. Zusammenfassendes Ergebnis der abstrakten Untersuchung	186
C. Die Empfehlung des Zentralen Kreditausschusses (ZKA) von 1995 „Girokonto für jedermann“ und mit ihr im Zusammenhang stehende Erklärungen im Besonderen	187
I. Hintergrund: Geschichte der ZKA-Empfehlung	187
II. Die impulsgebenden Urteile des LG Berlin, des LG Bremen und des OLG Bremen	192
III. Bindung aufgrund einer dachverbandlichen Erklärung?	196
IV. Bindung aufgrund einer Verbandserklärung? – Anspruch auf Errichtung eines Girokontos aufgrund der Pressemitteilung des BVR?	203
V. Individuelle Selbstverpflichtungen einzelner Kreditinstitute	205
VI. Zusammenfassendes Ergebnis der Fallanalysen	215
 Kapitel 4 – Lösungsansätze für das Problem der Kontolosigkeit	217
A. Das Wiener Modell: Privatrechtliche Stiftung und Ehrenamt	218
B. Passivität	219
I. Vorlage valider Daten	219
II. Auswirkungen der Reform des Kontopfändigungsschutzes	221
C. Verbreitung individueller Selbstverpflichtungen	227
D. Unmittelbarer Kontrahierungszwang	228
E. Kombinierter Ansatz nach dem Vorbild der Erklärung zum Corporate Gouvernance Kodex gemäß § 161 AktG	231
F. Fazit und Empfehlung	235
 Kapitel 5 – Kontrahierungszwang aufgrund von § 21 AGG	237
A. Herleitung eines Kontrahierungzwanges aus § 21 AGG?	240
I. Einfachgesetzliche Auslegung	240
II. Verfassungsrechtliche Betrachtung	250

III.	Dogmatische Einwände	255
IV.	Praktische Überlegungen	258
V.	Ergebnis der Herleitungsfrage	259
B.	Auswirkungen des § 21 AGG auf die Kreditwirtschaft bei Annahme eines Kontrahierungszwanges	259
I.	Anwendungsbereich des zivilrechtlichen Benachteiligungsverbotes	260
II.	Verbotswidriges Verhalten und zulässige Unterscheidungen	274
III.	Auswirkungen auf klassische Fälle	275
C.	Zusammenfassendes Ergebnis	279
Kapitel 6 – Fazit und Zusammenfassung		281
I.	Fazit	281
II.	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	282
Literaturverzeichnis		289
Anhang		305